

Mit PPPs aus der globalen Wasserkrise?

# Ein Wehr gegen die Privatisierung

Wasserkonzerne wie Suez, Vivendi, Thames bzw. RWE oder Gelsenwasser waren bei der Internationalen Konferenz "Wasser – ein Schlüssel für nachhaltige Entwicklung" vom 3.-7. Dezember 2001 in Bonn allgegenwärtig – als eine der "major groups", als Referenten und Sponsoren, mit Ausstellungsständen, Hochglanzbrochüren und Veranstaltungen. Doch wer erwartet hatte, daß hier die Beteiligung der Privatwirtschaft (PPP) als Hoffnungsträger für eine nachhaltige Entwicklung abgesegnet würde, sah sich – je nach Position – beruhigt oder enttäuscht. Die Rolle des privaten Sektors bei der Lösung der Wasserkrise und der Versorgung insbesondere der ärmeren Bevölkerungsgruppen wurde am Ende eher auf kleiner Flamme gehalten. Ein Bericht von **Uwe Hoering**.

**P**artizipation wurde von den Veranstaltern, dem Umwelt- und dem Entwicklungsministerium, ganz hoch gehängt bei der Konferenz in Bonn. Angelehnt an die Praxis der UN-Kommission für nachhaltige Entwicklung (CSD) wurden die sog. "major groups", wie Gewerkschaften, Frauen, NGOs und Wirtschaft, bei Vorbereitung und Konferenz weitgehend eingebunden. Bei den "Multistakeholder-Dialogen" und den themenorientierten Arbeitsgruppen kamen daher neben den Regierungsdelegationen aus mehr als hundert Ländern, auch die Wirtschafts-Lobbyisten, Vertreter entwicklungspolitischer Institutionen wie Weltbank, KfW und GTZ und Mitglieder von NGOs und zivilgesellschaftlichen Gruppen zu Wort. Wer mutstropfen der ungewohnt breiten Beteiligungsmöglichkeiten: Der Konferenzbericht, die Ministererklärung und die Beschlüsse sind nicht mehr als unverbindliche Empfehlungen.

● **Neue Partnerschaft?** Die Intention von BMU und BMZ war, das Wasserthema, das 1992 in Rio de Janeiro nur eine geringe Rolle gespielt hatte, stärker in den Weltgipfel nachhaltige Entwicklung ("Rio plus 10") Ende August 2002 in Johannesburg einzubringen. Die zur "vorbereitenden Konferenz" hochstilisierte Veranstaltung sollte vor allem handlungsorientierte Vorschläge erarbeiten, wie die sozialen, wirtschaftlichen, politischen und ökologischen Probleme im Wassersektor gelöst werden könnten.

Durch das umfassende Themenspektrum zog sich als ein roter Faden ("Querschnittsthema") das Stichwort "Neue Partnerschaft" – für manche Beobachter Zeichen für eine "hidden Agen-

da", Liberalisierung und Privatisierung im Wassersektor weiter voranzutreiben und die sog. "Öffentlich-Privaten-Partnerschaften", ein Lieblingskind nicht nur der bundesdeutschen Entwicklungspolitik, zu legitimieren. Sowohl Uschi Eid, Parlamentarische Staatssekretärin im BMZ, als auch Umweltminister Jürgen Trittin argumentierten zum Beispiel unisono, wie notwendig es sei, die privaten Akteure zu gewinnen, um die Investitionslücke im Infrastruktursektor zu schließen. Dagegen war in der Konferenz-Dramaturgie die Rolle der staatlichen oder kommunalen, also der öffentlichen Wasserversorger, die nach wie vor den größten Teil der Versorgung weltweit leisten, auffällig unterbelichtet.

**A**llerdings schälte sich rasch eine breite Ablehnungsfront von NGOs, Gewerkschaften, auch Regierungsvertretern, vor allem aus Entwicklungsländern, und der UN-Wirtschaftskommission für Afrika (ECA) gegen die Privatisierung und die Rolle transnationaler Wasserkonzerne heraus. Einige zentrale Kritikpunkte waren

- \* die massive Korruption durch Multis,
- \* ihr geringes Interesse an der Versorgung ärmerer, sprich: nichtprofitabler Bevölkerungsgruppen,
- \* ihre völlig unzureichende Regulierung und Kontrolle durch Regierungen, Gemeinden und Öffentlichkeit.

● **Bekanntnisse zum öffentlichen Sektor:** Am Ende der Konferenz stand ein klares Bekenntnis zum öffentlichen Sektor: "Die Hauptverantwortung dafür, daß Wasserressourcen nachhaltig und gerecht verwaltet werden, liegt bei den Regierungen."

Eine Privatisierung von Wasser wurde ausdrücklich abgelehnt. Auch das nach den Worten von BMZ-Chefin Heidemarie Wiczorek-Zeul "höchst sensible" Thema "Neue Partnerschaften" wurde am Ende anders buchstabiert: Als Ergebnis des "Multistakeholder Dialogs" wird darunter die Partizipation aller Interessengruppen am Wassermanagement verstanden. Ärmere Bevölkerungsgruppen und insbesondere Frauen müssen in die Lage versetzt werden, sich zu beteiligen, Entscheidungen auf die lokale Ebene verlagert, das Recht auf Informationen und Transparenz gesichert und klare, wirksame Regulierungsmöglichkeiten auf allen Ebenen verankert werden – Forderungen, die den Spielraum für globale Wasserkonzerne deutlich beschränken würden. In den "Schlüsseln von Bonn", fünf zentralen Anforderungen an ein nachhaltiges Wassermanagement, kommt die Privatwirtschaft nur noch am Rande vor, gleichgestellt einem "verbesserten öffentlichen Sektor".

Priorität sollten kleine, dezentrale Lösungsansätze haben. Ganz konkret gelang es NGOs und Gewerkschaften, einige wichtige Forderungen im Konferenzbericht zu verankern, deren Umsetzung zu Prüfsteinen für die Entwicklungspolitik im Wassersektor werden wird:

- \* eine unabhängige Überprüfung ("Multistakeholder-Review") der Erfahrungen mit der Beteiligung des privaten Sektors an der Wasserversorgung, ein Vorschlag, der sowohl von Wirtschaftsvertretern als auch von Wiczorek-Zeul unterstützt wurde;

- \* die Aufforderung an Geber und internationale Finanzinstitutionen, die Privatisierung nicht länger zur Vorbedingung für neue Kredite im Wassersektor zu machen;

- \* eine stärkere Beteiligung von Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes an Entscheidungen. Zudem erklärten sich die Wirtschaftsvertreter bereit, einen Verhaltenskodex gegen Korruption im Wassersektor zu erarbeiten.

● **Ambivalente Bilanz:** Es ist kaum zu erwarten, dass nach der Bonner Konferenz nun die Multis ihren Eroberungsfeldzug auf dem Zukunftsmarkt Wasser oder die Bestrebungen, auch die Ressource Wasser zunehmend zu privatisieren (s. Hinweis), einstellen werden. Für die multi- und bilaterale Entwicklungszusammenarbeit müßte sie allerdings Konsequenzen haben,

wenn sie ihren eigenen Anspruch ernst nimmt. Der Abschlußbericht enthält eine klare Aufforderung an die Entwicklungspolitik, in Zukunft nicht mehr einseitig zugunsten einer Privatisierung öffentlicher Versorger und der Schaffung günstiger Investitionsbedingungen für Wassermultis zu agieren. Damit ist es schwieriger geworden, wie bislang die Beteiligung der Privatwirtschaft als Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung zu propagieren und daher entwicklungspolitisch nach Kräften zu unterstützen.

**F**ür die beteiligten NGOs und zivilgesellschaftlichen Gruppen ist die Bilanz ambivalent. Die intensiven Beteiligungsmöglichkeiten, die ihnen bei Vorbereitung und Konferenz eröffnet wurden, resultierten, wie erwähnt, in einigen Erfolgen. Wesentliche, auch während der Konferenz immer wieder vorgebrachte Forderungen wurden hingegen nicht berücksichtigt. Dazu gehört

- \* die Anerkennung des Zugangs zu Wasser als Menschenrecht,
- \* die Ablehnung der Umdefinition von Wasser zu einem "Wirtschaftsgut",

- \* die Umsetzung der Empfehlungen der Weltstaudammkommission durch Regierungen und internationale Entwicklungsorganisationen,

- \* die Ablehnung der Einbeziehung von Wasserressourcen und Wasserversorgung bei den GATS-Verhandlungen der WTO, die eine Privatisierung im Wassersektor beschleunigen würden. So wurde in Bonn lediglich ein kleines Wehr, aber kein Damm gegen die Privatisierung errichtet. Zudem blieben die meisten NGO-Vertreter – anders als die Multis – während der Konferenz nach außen hin nahezu unsichtbar, tauchten im "Multistakeholder-Dialog" und in den themenorientierten Arbeitsgruppen unter. Die Partizipation funktionierte damit erfolgreich, grundlegenden Dissens und öffentlichkeitswirksame Gegenpositionen weitgehend stillzustellen. □

## Hinweis:

\* Uwe Hoering, *Privatisierung im Wassersektor. Entwicklungshilfe für transnationale Konzerne – Lösung der globalen Wasserkrise?*, 40 S., EUR 5,00, weed-Arbeitspapier: Bonn, November 2001. Bezug: s. beiliegende Bestellkarte, im Internet unter: [www.weedbonn.org](http://www.weedbonn.org)